

Beschlußempfehlung und Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Abg. Windfuhr, Prof. Dr. Hamer (CDU) und Fraktion betreffend Übertragung einer C-3-Stelle an einen C-2-Professor der eigenen Hochschule - Drucks. 11/2990 zu Drucks. 11/2247 -

Auf die Berichterstattung durch die Kollegin Prof. Breithaupt wird verzichtet. Aussprache wird nicht gewünscht. Wer der Beschlußempfehlung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmige Annahme der Beschlußempfehlung.

Ich rufe **Punkt 26** der Tagesordnung auf:

Beschlußempfehlung und Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Abg. Blaul, Haibach-Walter, Schilling (GRÜNE) und Fraktion betreffend Verordnung über die Ausbildung und die Prüfungen an den Fachschulen für Sozialpädagogik vom 6. Mai 1982 - Drucks. 11/2991 zu Drucks. 11/1483 -

Auf die Berichterstattung durch den Kollegen Prof. Dr. Hamer wird verzichtet. Aussprache wird nicht gewünscht. Wer der Beschlußempfehlung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmige Annahme der Beschlußempfehlung.

Nun kommen wir zu **Punkt 27** der Tagesordnung:

Beschlußempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen - Drucks. 11/2977 -

Dazu waren Wünsche laut geworden. Bitte, Frau Kollegin Haibach.

Haibach (GRÜNE):

Wir beantragen, daß eine Petition aus der letzten Petitionsausschußsitzung mit der Nr. 1390/XI noch einmal an den Petitionsausschuß zurückverwiesen wird, weil bei der Entscheidungsfindung der Sachverhalt nicht ausreichend im Ausschuß dargestellt und besprochen werden konnte.

Vizepräsident Lengemann:

Der Berichterstatter hat mich gebeten, daß - wenn eine Diskussion über diese Petition stattfindet - er als Berichterstatter teilnehmen möchte. Er kann heute nachmittag nicht hier sein. Dann sollten wir die Diskussion darüber ausklammern. Wir beschließen über die anderen Petitionen und klammern diese Petition bis zur morgigen Sitzung aus.

Ich rufe zur Abstimmung alle Petitionen auf mit Ausnahme der Petition Nr. 1390/XI, zu der die Beschlußfassung auf morgen verschoben wird. Wer insoweit den Beschlußempfehlungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmige Annahme der Beschlußempfehlungen der Ausschüsse zu den Petitionen, einschließlich des Nachtrages, der heute morgen verteilt worden ist, mit Ausnahme der Beschlußempfehlung zu Petition Nr. 1390/XI.

Ich rufe **Punkt 28** der Tagesordnung auf:

Beschlußempfehlung und Bericht des Sozialpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Abg. Wagner (Darmstadt), Kappel (F.D.P.) und Fraktion betreffend staatliche Anerkennung der Ausbildung zum medizinischen Fußpfleger - Drucks. 11/3031 zu Drucks. 11/2102 -

Auf die Berichterstattung durch die Kollegin Blaul wird verzichtet. Wird das Wort gewünscht? - Das ist nicht der

Fall. Wer der Beschlußempfehlung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Einstimmige Annahme der Beschlußempfehlung.

Ich rufe **Punkt 29** der Tagesordnung auf:

Beschlußempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wirtschaft und Technik zu dem Antrag der Abg. Schoppe, Friedrich (CDU) und Fraktion betreffend erneute Anmeldung der Fortführung der B 448 von Offenbach (Am Turm) nach Frankfurt (Fechenheim) zur Fortschreibung des Bedarfsplanes für Bundesfernstraßen - Drucks. 11/3051 zu Drucks. 11/2328 -

Auf die Berichterstattung durch den Kollegen Friedrich wird verzichtet. - Aussprache wird nicht gewünscht. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Ich stelle fest: Annahme der Beschlußempfehlung mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN gegen die Stimmen der CDU bei Stimmenthaltung der F.D.P.

Wir fahren nun in der Tagesordnung - wie ausgedruckt - fort.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

Große Anfrage der Abg. Schoppe, Greiff, Lauterbach, Seitz, Frank, Spruck, Weiß, Windfuhr, Stanitzek (CDU) und Fraktion betreffend Berufsschulbauten in Hessen - Drucks. 11/1897 zu Drucks. 11/521 -

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abg. Schoppe.

Schoppe (CDU):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor sechs Jahren habe ich in meiner ersten Rede hier in diesem Hause darauf hingewiesen, daß die Berufsschüler die Kellerkinder der Nation seien. An dieser Feststellung hat sich leider bis heute nichts geändert.

(Beifall des Abg. Troeltsch (CDU))

Erstens wird im übertragenen Sinne berufliche Bildung in diesem Lande nach wie vor vernachlässigt, und zum zweiten kann man mit Fug und Recht feststellen, daß auch heute noch Berufsschüler tatsächlich in Kellerräumen unterrichtet werden. Wo bleibt da eigentlich der Aufschrei derjenigen, die immer vorgeben, sich für die Belange der Jugendlichen einzusetzen? Fehlanzeige, kann man da nur sagen!

Was auf diesem Gebiet vor allen Dingen von der SPD geleistet worden ist, das läßt sich mit den Begriffen "Vernachlässigen" und "Verschulen" kennzeichnen. Wie sieht denn die derzeitige Situation aus? Nach wie vor fällt ein Sechstel des planmäßigen Berufsschulunterrichts aus, weil ganz einfach Lehrkräfte und Räume fehlen. Seit 15 Jahren, meine Damen und Herren von der SPD, wollen Sie den Berufsschülern den ihnen zustehenden und notwendigen Unterricht anbieten. Bisher Fehlanzeige. Seit 15 Jahren machen Sie Versprechungen. Sie haben Stufenpläne entwickelt. Aber das Ganze war bisher lediglich ein großes Täuschungsmanöver.

Da fällt in bestimmten Bereichen der Fachunterricht in nicht unbeträchtlichem Umfang aus, landesweit ein Drittel des Deutschunterrichts, 70 Prozent des Religions- und 85 Prozent des Sportunterrichts.

Bemerkenswert eine Publikation der hessischen SPD unter der Überschrift "Sport für alle". Dort schreibt die SPD:

Die Situation des Schulsportes in Hessen hat in den letzten Jahren auf Grund einer Vielzahl sozialdemokratischer Initiativen wesentliche Verbesserungen erfahren.

Soweit das Zitat. Auf der gleichen Seite treffen Sie dann folgende Feststellung:

Im Bereich der beruflichen Schulen muß der Sportunterricht verstärkt ausgebaut werden, um damit die bestehende Benachteiligung der Schüler dieser Schulen abzubauen. Zirka drei Viertel der hessischen Berufsschüler, vor allem an Teilzeitberufsschulen, erhalten derzeit keinen Sportunterricht.

Soweit dieses Zitat. Es macht deutlich, wie häufig gerade bei Ihnen von der SPD die Überschriften und Inhalte in diametralem Gegensatz zueinander stehen.

(Beifall bei der CDU)

An einzelnen Schulen fällt der Sportunterricht ganz aus, und dort, wo ein Teil des Sportunterrichts stattfindet, ist man auf Sporthallen anderer Schulen angewiesen, wobei die Benutzung von bis zu zehn Sportstätten keine Ausnahme darstellt mit all den organisatorischen Problemen, die damit verbunden sind. Der Hinweis auf fehlende Grundstücke, den Sie in der Antwort auf die Große Anfrage bringen, ist eigentlich nur ein Vorwand.

Landesweit fehlen in Hessen in den beruflichen Schulen 1.000 Lehrkräfte, 1.000 Planstellen, um den erforderlichen Unterricht erteilen zu können. So kommt es natürlich nicht von ungefähr, daß nur zehn der notwendigen zwölf Stunden erteilt werden können. Sie haben zwar schon seit eineinhalb Jahrzehnten die Absicht, die versprochenen zwölf Stunden zu unterrichten, dies aber vor allen Dingen unter dem Aspekt, zweimal sechs Stunden Berufsschulunterricht landesweit einzuführen.

Die negativen Auswirkungen bezüglich der Verkürzung der betrieblichen Berufsausbildung, die damit verbunden wären, lassen Sie dabei offensichtlich ganz ungerührt. Oder ist dies vielleicht bei Ihnen Absicht, betriebliche Berufsausbildung zu schwächen? Bei der ablehnenden Haltung eines nicht unbeträchtlichen Teils, vor allem in den Reihen der GRÜNEN, gegenüber der bewährten dualen Ausbildung ist dies nicht auszuschließen. Die totale Verschulung der Berufsausbildung wird von einem nicht unbeträchtlichen Teil angestrebt. Ein gutes Vehikel, um dieses Ziel zu erreichen, ist neben der Zweimal-sechs-Stunden-Regelung zum Beispiel die vollzogene Schaffung von 1.000 vollschulischen Ausbildungsplätzen in Hessen.

Sicherlich ist diese Maßnahme vor dem Hintergrund der derzeitigen Notsituation auf dem Ausbildungsstellenmarkt zu sehen; das hat auch dazu geführt, daß diese Maßnahme zunächst befristet vorgesehen worden ist. Aber der Kultusminister hat bereits im Kulturpolitischen Ausschuß darauf hingewiesen, daß die Absicht besteht, sie über die beschlossenen beiden Jahre hinweg fortzuführen. Wir werden uns dem allerdings widersetzen, wenn hier die Absicht besteht, dies als Dauereinrichtung in Hessen einzuführen.

Die Haushaltsansätze für Lernmittel, meine Damen und Herren, liegen trotz partieller Erhöhung unter dem Niveau von 1981. Die Ausstattung unserer Schulen mit Lehrmitteln hinkt weit hinter den aktuellen Notwendigkeiten her.

Da in unseren Betrieben die neuen Technologien längst Einzug gehalten haben, können unsere Berufsschulen

nicht mehr für die Betriebswirklichkeit von 1950 ausbilden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wir müssen die jungen Menschen befähigen, zum Beispiel mit NC- oder CNC-gesteuerten Maschinen zu arbeiten.

Angesichts gravierender Veränderungen der Berufstätigkeiten durch neue Technologien fragt man sich natürlich: Ist die Berufsausbildung heute überhaupt noch in der Lage, einen jungen Menschen in ausreichendem Maße auf zukünftige berufliche Anforderungen vorzubereiten, auf ein Berufsleben, das etwa zur Hälfte im 21. Jahrhundert zu verbringen sein wird? Mit einem Modellversuch im Berufsförderungszentrum in Essen oder mit den sechs Modellversuchen, die wir in Hessen an beruflichen Schulen durchführen, ist dies sicherlich nicht getan.

Ich verweise auf die Tatsache, daß beispielsweise in Frankreich geplant ist, 10.000 Zentren als Computervolkshochschulen einzurichten. Davon kann Hessen eigentlich nur träumen. Unsere Berufsschulen brauchen eine moderne Ausstattung. Analog der Regelung von vor etwa 15 Jahren, als das Land einen Betrag von rund 30 Millionen DM zur Modernisierung unserer Berufsschulen aufwendete, muß das Land auch heute wieder die Schulträger in die Lage versetzen, diese Modernisierung vorzunehmen, damit unsere Facharbeiter den aktuellen und künftigen Anforderungen in ihrem Beruf gewachsen sind. Die Betriebe, meine Damen und Herren, können dies allein nicht leisten. Vor allem Klein- und Mittelbetriebe sind dabei überfordert.

(Welteke (SPD): Nichts gegen eine duale Ausbildung sagen!)

Wir befinden uns mit dieser Forderung ja durchaus in guter Gesellschaft. Wenn der DGB Hessen fordert, daß das Land 50 Millionen DM für diesen Zweck zur Verfügung stellen möge, dann, glaube ich, kann man diese Forderung durchaus als angebracht bezeichnen.

Eine an den betrieblichen Notwendigkeiten orientierte Berufsausbildung an unseren Schulen erfordert in vielen Fällen auch räumliche Ergänzungs- und Erweiterungsmaßnahmen.

Wenn das Land Hessen seit 1970 rund 4,4 Milliarden DM für den Schulbau insgesamt zur Verfügung gestellt hat, dann kann man nicht behaupten, daß auf diesem Sektor nichts geschehen sei. Ich glaube, diese Feststellung ist durchaus angebracht. Allerdings floß die Hälfte dieser Mittel in die Mittelstufe, nämlich für den Bau von Förderstufen und von Gesamtschulen, und nur 20 Prozent der Summe sind im Bereich der beruflichen Schulen investiert worden.

(Mutz (SPD): 21!)

Dies zeigt die Geringschätzung beruflicher Bildung, wie ich meine. Das drückt sich auch aus im Vergleich zwischen den Mitteln, die Sie auf der einen Seite für ein zehntes allgemeinbildendes Schuljahr bereitstellen, und auf der anderen Seite den geringen Mitteln, die für Berufsvorbereitungs- und Berufsgrundbildungsjahr zur Verfügung stehen.

Da helfen auch alle Lippenbekenntnisse nichts, Herr Mutz. Berufliche Bildung ist in Ihren Augen zweite Wahl und nichts anderes. Ihre Entscheidungen und Ihr Handeln beweisen dies nämlich. Daran wird sich wohl auch nach meiner Einschätzung auf absehbare Zeit jedenfalls nichts ändern, wie es in der Antwort auf unsere Große Anfrage deutlich zum Ausdruck kam, Frau Wagner.

Mit dieser Antwort, die Sie uns gegeben haben, versuchen Sie, die Realitäten zu vernebeln und zu verfälschen. Sie schätzen den Finanzbedarf für Neu- und Erweiterungsbauten in den nächsten Jahren auf rund 250 Millionen DM. Dies ist eine geschönte und keine geschätzte Zahl. Der wirkliche Bedarf dürfte bei mindestens 350 Millionen DM liegen.

Lassen Sie mich das an einigen Zahlen beweisen und verdeutlichen. Baumaßnahmen im Kreis Groß-Gerau kosten statt der angegebenen 2,35 Millionen DM in Wirklichkeit 3,5 Millionen DM, in der Stadt Offenbach statt 15 Millionen DM 22 Millionen DM, in der Stadt Wiesbaden statt 18,7 Millionen DM 27 Millionen DM, in Darmstadt statt 16 Millionen DM 59 Millionen DM. Für den Hochtaunuskreis haben Sie überhaupt keinen Bedarf ausgewiesen; in Wirklichkeit werden dort 14 Millionen DM benötigt.

(Welteke (SPD): Wo?)

Sie verfälschen die Tatsachen, wenn Sie zum Beispiel den notwendigen dritten Bauabschnitt der Saalburgschule in Usingen - Herr Kollege Welteke, das müßten Sie ja wissen - nicht als notwendige Maßnahme aufführen. Oder meinen Sie, daß der überflüssig ist? Die Turnhalle der Elly-Heuß-Knapp-Schule in Frankfurt fehlt in Ihrer Aufstellung ebenso wie der notwendige Bau der Außen-sportanlage der beruflichen Schulen in Korbach, für den fast 2 Millionen DM aufgewendet werden müssen.

Insgesamt, ich wiederhole dies noch einmal, werden 350 Millionen DM benötigt, und Sie brauchen mindestens noch die nächsten zehn Jahre, um diese Defizite zu beseitigen. Aber ich glaube, bis dahin sind neue Defizite entstanden.

Sie könnten mit einem Schlag all diese Defizite beseitigen, hätten Sie nicht Projekte im Wert von rund 360 Millionen DM auf dem Altar des rot-grünen Bündnisses in der Vergangenheit schon geopfert.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Da Ihnen das Geld wegen anderer Prioritäten und politischer Entscheidungen fehlt, gehen Sie daran, in diesem Bereich weitere Abstriche vorzunehmen. Ohne Not und ohne Zwänge verringert die Landesregierung bei notwendigen Baumaßnahmen die Unterrichtsflächen. Die Meßzahl für die je Schüler bereitzustellenden Räume wurde bereits um ein Sechstel reduziert, obwohl gerade die moderne technologische Entwicklung, von der ich vorhin sprach, und die dadurch bedingte Ausstattung der Schulen mit Datenverarbeitungsanlagen wohl einen größeren und keinen geringeren Raumbedarf zur Folge haben wird.

So sieht der angebliche Fortschritt, die angebliche Priorität beruflicher Bildung in Hessen aus: Reduzierung der Flächenrichtwerte. Schöne Worte, Sprechblasen, wenn von der Priorität beruflicher Bildung gesprochen wird.

Bei den Vollzeitschulen hat man die zu erwartende Schülerzahl sogar noch einmal zusätzlich zur Reduzierung der Flächenrichtwerte um ein weiteres Drittel verringert, und dies bei teilweise steigendem Interesse für die beruflichen Vollzeitschulen, was vor allem in Verdichtungsgebieten wie der Stadt Frankfurt oder der Stadt Offenbach festzustellen und auch langfristig zu erwarten ist. Die Landesregierung bestätigt dies in der Antwort auf unsere Große Anfrage.

Berufliche Gymnasien wurden in der Vergangenheit schon attraktiver und werden es auch in Zukunft noch sein. Ausländer suchen angesichts relativ hoher Jugendarbeitslosigkeit eine Alternative in einer beruflichen

Vollzeitschule. Darüber hinaus - ich erwähnte es bereits - erfordert die Einrichtung von 1.000 Vollzeitausbildungsgängen ebenfalls zusätzliche Räume.

Daß immer mehr Abiturienten vor einem Studium oder an Stelle eines Studiums in eine Lehre mit den entsprechenden Auswirkungen auf den künftigen Raumbedarf eintreten, führt bei der Landesregierung sogar noch zu einer Korrektur des Bedarfs nach unten - eine seltsame Politik, wie ich meine.

Mit dieser Politik bewirken Sie aber noch mehr. Sie verschleudern nämlich Steuergelder. Indem Sie genehmigte Raumprogramme wieder aufheben - allein in den letzten fünf Jahren wurden genehmigte Raumprogramme von zwölf beruflichen Schulen wieder aufgehoben -, verschwenden Sie Steuergelder. Das ist sicherlich nicht in allen Fällen so; denn wenn sich an irgendeiner Schule plötzlich und unerwartet neue Entwicklungen ergeben, dann muß dem logischerweise Rechnung getragen werden.

Vizepräsident Lengemann:

Herr Kollege Schoppe, ich möchte Sie nur darauf aufmerksam machen, daß Ihre Redezeit zu Ende ist. Ich bitte Sie, sich darauf einzustellen.

Schoppe (CDU):

Wenn zum Beispiel bei den gewerblich-technischen Schulen in Offenbach auf Grund genehmigter Raumprogramme Vorplanungen vorgenommen und die notwendigen Grundstücke beschafft wurden und dann aus parteipolitischen Gründen das genehmigte Raumprogramm wieder aufgehoben wird, um einen anderen Standort zu realisieren, dann werden hier Steuergelder verschwendet.

Das gleiche gilt für das Projekt Gutleuthof in Frankfurt. Das Raumdefizit in Frankfurt wurde bis vor kurzem auf 80 Prozent geschätzt. Man hat jetzt den Ausbau der Ernst-Reuter-Schule I zu einer beruflichen Schule beschlossen, aber dadurch wird das Raumdefizit in Frankfurt auch nicht wesentlich verringert. Das Gutleutprojekt wurde reduziert. Eine Umplanung mußte vorgenommen werden.

Die dadurch erreichten Ersparnisse durch Reduzierung der Flächenwerte und der Schülerzahlen führen aber insgesamt zu höheren Kosten; denn es entstehen Umplankosten von 4 Millionen DM, die in keinem Verhältnis zu den Einsparungen stehen. Das Land läßt die Stadt Frankfurt auf diesen 4 Millionen DM Fehlinvestitionen sitzen. Das ist die angeblich gemeindefreundliche Politik des Landes Hessen.

(Beifall bei der CDU)

Bei dieser Bilanz bleibt mir zum Schluß nur die Feststellung: Es ist eigentlich zum Verzweifeln. Bei den derzeitigen Unterrichtsbedingungen ist es noch ein Wunder, daß der Unterricht in unseren beruflichen Schulen überhaupt noch funktioniert.

(Zurufe von der SPD)

- Ich habe den Eindruck, Sie waren lange nicht mehr in einer beruflichen Schule, sonst würden Sie nicht so lachen.

(Beifall bei der CDU - Lachen bei der SPD)

Ich bin der Meinung, es ist dem überdurchschnittlichen Engagement der Kollegen draußen vor Ort zu danken, daß das, was wir heute dort vorfinden, noch so funktionsfähig ist.

Lassen Sie mich zusammenfassen. Entgegen mündlicher Beteuerung wird die berufliche Bildung in Hessen ständig vernachlässigt und immer mehr verschult.

(Wagner (Eschwege) (SPD): Stimmt nicht!)

Die Fakten werden vernebelt und sogar verfälscht. Steuergelder werden verschleudert, und die Schulträger werden verschaukelt.

(Wagner (Eschwege) (SPD): Stimmt auch nicht!)

Weil man sich hier in Hessen nur noch mit den angeblichen Problemen der Bundespolitik befaßt, vernachlässigt man die Aufgaben im eigenen Land. Die Betroffenen könnten fast verzweifeln. Ihnen bleibt nur noch die Hoffnung, daß sich hier demnächst etwas ändert.

Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Lengemann:

Das Wort hat Herr Abg. Mutz.

Mutz (SPD):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Schoppe, Ihre Rede war eine Wahlkampfreden. Sie haben sich in weiten Teilen nicht mit der Antwort auf Ihre Große Anfrage befaßt, Sie haben keine Bewertung der Ergebnisse der Großen Anfrage vorgenommen, sondern Sie haben hier Ihre Vorstellungen darüber entwickelt, wie es nach Ihrer Meinung in den beruflichen Schulen aussieht.

Ich muß Ihnen sagen, wenn Sie schon bewerten, dann sollten Sie vergleichend bewerten, vergleichend mit anderen Bundesländern.

Wenn Sie davon sprechen, daß in vielen Bereichen Berufsschulunterricht in Kellern stattfindet, dann kann ich Ihnen zustimmen. Auch ich habe im Keller Physik unterrichtet. Das ging trotzdem.

(Jakob (GRÜNE): Bravo!)

Ich sage dies auch einmal sehr deutlich. Ich meine, daß in der Tat in vielen Bereichen die beruflichen Schulen vernachlässigt worden sind.

Dies liegt aber nicht allein am Land, sondern es liegt in erster Linie an den kommunalen Schulträgern, die für die beruflichen Schulen später gesorgt haben als für die allgemeinbildenden Schulen.

Wenn wir uns betrachten, was insgesamt an Mitteln in die beruflichen Schulen hineingeflossen ist - Herr Schoppe hat vorhin die Zahlen genannt -, dann waren das etwas über 800 Millionen DM bei rund 4 Milliarden DM insgesamt. 21 Prozent der Investitionen seit 1970 sind in die beruflichen Schulen geflossen.

(Zuruf des Abg. Lauterbach (CDU))

Wenn man weiß, daß Teilzeitberufsschüler in der Schule nur ein Drittel der Zeit verbringen, in der Schüler an allgemeinbildenden Vollzeitschulen ausgebildet werden, dann kann man feststellen, daß zusammen mit den etwa 60.000 Vollzeitschülern in den beruflichen Schulen äquivalent zu den allgemeinbildenden Schulen 110.000 Schüler sind. Das ist zwischen einem Achtel und einem Neuntel der Schüler, die insgesamt in der Schule sind. Dann ist die Investition von 21 Prozent überproportional, denn das ist mehr als ein Fünftel der gesamten Investitionsmasse.

Nun will ich nicht beschönigen, daß vielerlei Schwachstellen nach wie vor vorhanden sind. Der Bericht der Landes-

regierung weist ja auch auf einige Punkte hin, stellt aber gleichzeitig klar, daß wir in Hessen für die beruflichen Schulen Erhebliches tun.

Bedenken Sie, daß wir in Hessen an den beruflichen Schulen überproportional viele Schüler haben, gemessen an Baden-Württemberg oder anderen Bundesländern. In Hessen geben wir den Berufsschülern im Durchschnitt 10,5 Stunden. Während Baden-Württemberg etwa die gleiche Zahl aufweist, wird in Rheinland-Pfalz oder gar in Niedersachsen erheblich weniger Unterricht gegeben. Wenn man von vornherein die Zahl der Unterrichtsstunden reduziert, dann kann man am Ende statistisch vielleicht vermelden: Wir haben den Unterrichtsbedarf abgedeckt.

Sie können sich leicht vorstellen, daß, wenn man statt 10,5 Stunden nur neun Stunden Unterricht gibt, der Lehrbedarf geringer ist. Allein in Hessen dürften das 600 Lehrstellen sein, die wir weniger benötigten, wenn wir nur neun Stunden Unterricht in unseren beruflichen Schulen geben würden.

Meine Damen und Herren, die beruflichen Schulen sind insofern anders zu bewerten als die allgemeinbildenden Schulen, weil sich hier die Situation für die staatliche Planung ständig ändert. In einer Region, insbesondere in einer strukturschwachen Region, kann es passieren, daß durch den Konkurs oder durch den Abzug eines Unternehmens bestimmte Unterrichtsangebote überhaupt nicht mehr gemacht werden müssen, weil der Ausbildungsberuf nicht mehr angeboten wird. Das heißt also, daß man in vielen Bereichen von vornherein nicht exakt planen kann, was man in Zukunft zum Beispiel an Berufsschulunterricht anbieten muß.

Diese Prognoseunsicherheit führt natürlich zu einem erheblichen Umplanungsbedarf, zu erheblichen Veränderungen in dem, was man planen und bauen will. Von daher glaube ich, daß die Vorwürfe, die hier gemacht werden, gemessen an den Problemen, die bestehen, nicht berechtigt sind.

Wir haben in Hessen, wie gesagt, die zwölf Stunden Berufsschulunterricht annähernd erreicht. Sie haben eben beklagt, daß dies noch nicht der Fall sei. Sie haben gesagt, siebzig Prozent des Religionsunterrichtes fänden nicht statt. Sie wissen aber auch, daß hierbei auch die Abmeldungen aus dem Religionsunterricht mit zu berücksichtigen sind und daß von daher die Zahl von zwölf Unterrichtsstundenzahl gar nicht erreicht werden kann.

Herr Schoppe, wenn Sie sich als Vertreter der Union hier hinstellen und beklagen, daß in den beruflichen Schulen nicht genügend Unterricht gegeben werde, dann frage ich einfach einmal den Herrn Spruck, was er dazu meint; denn er beklagt ja wohl von anderer CDU-Seite aus, daß wir die Schüler eigentlich viel zu oft in die Schule schicken, statt sie in dem Betrieb zu lassen. Sie sollten sich eigentlich schon eine einheitliche Sprachregelung innerhalb ihrer Fraktion aneignen, um überhaupt mit einem gewissen Anspruch an Ehrlichkeit auftreten zu können.

Meine Damen und Herren, ich habe vorhin schon darauf hingewiesen, daß die Planungsmöglichkeiten im beruflichen Schulwesen wesentlich geringer sind als im allgemeinbildenden Schulwesen. Es kommt hinzu - das steht auch in dem Bericht, und das hätten Sie durchaus einmal beleuchten können -, daß gleichzeitig mit verschiedenen Veränderungen im beruflichen Schulwesen - zum Beispiel werden Ausbildungspläne geändert -, auch die Zahl der Schüler in der beruflichen Schule drastisch angestiegen ist. Hier hat das Land Hessen in der Tat viele Anstrengungen unternommen.